



Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

69. Sitzung (öffentlich)

9. Dezember 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 11:55 Uhr

Vorsitz: Franz-Josef Knieps (CDU)

Protokoll: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

hier: **Antrag auf Absetzung des TOP 3:** Gesetz zur Durchführung des Bundesgesetzes zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärme-bereich in Nordrhein-Westfalen

Der Ausschuss lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Absetzung des TOP 3 ab.

1 Gesetz zur Umsetzung der EG-Dienstleistungsrichtlinie im Rahmen der Normenprüfung in Nordrhein-Westfalen und zur Änderung weiterer Vorschriften (DL-RL-Gesetz NRW) (Anlage) 7

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9738

Stellungnahme 14/2903

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen -

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag der Ministerin, gemeinsam über einen Änderungsantrag zur plenaren Beratung nachzudenken.

Der Ausschuss billigt dann den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und Grünen.

Abschließend stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf ebenfalls mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der Oppositionsfraktionen zu.

2 Zweites Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (Anlage) 11

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9853
APr 14/1013

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen -

Der Ausschuss billigt den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP mit den Stimmen der Antragstellerinnen gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Anschließend stimmt der Ausschuss mit demselben Stimmenverhältnis dem Gesetzentwurf der Landesregierung einschließlich der gerade angenommenen Änderungen zu.

3 Gesetz zur Durchführung des Bundesgesetzes zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich in Nordrhein-Westfalen (EEWärmeG-DG NRW) 19

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9737

APr 14/983

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen -

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu.

4 Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen 20

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9265

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes NRW (LPIG) und weiterer Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/10088

Bericht der Ministerin

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich auf die Durchführung einer Anhörung und darüber, die Terminfestlegung und die Benennung der Sachverständigen auf die Obleute zu delegieren.

5 Gesetz zur Schaffung von mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen im Lande Nordrhein-Westfalen 21

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/10027

In Verbindung mit:

Managergehälter: Anstand wahren und Transparenz gewährleisten

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9762

Da sich die Fraktionen zurzeit noch bemühen, einen gemeinsamen Änderungsantrag zu formulieren, beschließt der Ausschuss, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/10027 ohne Votum an den Haushalts- und Finanzausschuss weiterzuleiten.

Die SPD-Fraktion kündigt an, ihren Antrag Drucksache 14/9762 zurückzuziehen.

6 Die Landesregierung versagt beim Klimaschutz und verpasst Chancen für NRW 22

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/10143

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, heute auf eine Debatte zu verzichten und die abschließende Beratung und Abstimmung im Februar vorzunehmen.

7 „Kohlehafen Voerde“ 23
(TOP beantragt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit Schreiben vom 23. November 2009)

Vorlage 14/3059

8 Konsequenzen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 1. Dezember 2009 für den Sonn- und Feiertagsschutz in NRW 24
(TOP beantragt von der Fraktion der SPD)

- Bericht der Landesregierung -

9 Verschiedenes 25
hier: **Geplante Anhörung zur Elektromobilität im Januar 2010**

5 Gesetz zur Schaffung von mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen im Lande Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/10027

In Verbindung mit:

Managergehälter: Anstand wahren und Transparenz gewährleisten

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9762

(Gesetzentwurf der Landesregierung vom Plenum am 5. November an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Federführung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie und den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform überwiesen; Antrag der Fraktion der SPD vom Plenum am 10. September 2009 zur Federführung an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie und zur Mitberatung an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen)

Die **Fraktionen** geben zum Stand des Verfahrens zu Protokoll, dass sie an einem gemeinsamen Änderungsantrag zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung arbeiten.

Thomas Eiskirch (SPD) informiert über die Absicht seiner Fraktion, aufgrund eines Gespräches mit den kommunalen Spitzenverbänden zu dem Gesetzentwurf einen Änderungsantrag einzubringen, der eine Materie betreffe, die in der Substanz aber nicht mit dem Inhalt des Transparenzgesetzes zusammenhänge. Darüber seien auch die anderen Fraktionen unterrichtet.

Ihren Antrag Drucksache 14/9762 werde die SPD-Fraktion zurückziehen, da der Gesetzentwurf die in dem Antrag zu findenden Punkte zu landesrechtlichen Aspekten ebenfalls enthalte. Was die bundesrechtlichen Anforderungen anbelange, werde sie zum Plenum einen Entschließungsantrag zum Gesetzentwurf der Landesregierung einbringen.

Da sich die Fraktionen zurzeit noch bemühen, einen gemeinsamen Änderungsantrag zu formulieren, beschließt der Ausschuss, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/10027 ohne Votum an den Haushalts- und Finanzausschuss weiterzuleiten.

Die SPD-Fraktion kündigt an, ihren Antrag Drucksache 14/9762 zurückzuziehen.

